

# Umstrittenes Gesetz beschlossen

**EU-STAATEN** Durch Renaturierung soll Klimawandel eingedämmt werden

VON MAREK MAJEWSKY  
UND ALBERT OTTI

**LUXEMBURG** – Die EU-Staaten haben den Weg für ein lange umstrittenes Naturschutzgesetz freigemacht. Demnach sollen künftig in der Europäischen Union unter anderem Wälder aufgeforstet sowie Moore und Flüsse in ihren natürlichen Zustand zurückversetzt werden. Eine ausreichende Mehrheit von EU-Staaten stimmte dem vor allem von Landwirten und Konservativen kritisierten Vorhaben am Montag in Luxemburg zu, wie die derzeitige belgische EU-Ratspräsidentschaft mitteilte.

Über das Vorhaben wurde lange und intensiv gestritten. Die EU-Kommission hatte das sogenannte Renaturierungsgesetz vor fast genau zwei Jahren vorgeschlagen. Nach offiziellen Angaben sind rund 80 Prozent der Lebensräume in der Europäischen Union in einem schlechten Zustand. Zudem sind demnach zehn Prozent der Bienen- und Schmetterlingsarten vom Aussterben bedroht und 70 Prozent der Böden in schlechter Verfassung.

## Teil des Green Deals

Das Gesetz ist Teil des sogenannten Green Deals, mit dem sich die EU das Ziel gesetzt hat, bis 2050 klimaneutral zu werden. „Die Verordnung zielt darauf ab, den Klimawandel und die Auswirkungen von Naturkatastrophen einzudämmen“, teilten die EU-Staaten mit. Nach Angaben des Umweltbundesamtes können durch



Ziel des Gesetzes ist, Natur wiederherzustellen: Das Bild zeigt einen teilweise verbrannten und abgestorbenen Kiefernwald und eine Wiederaufforstungsfläche.

DPA-BILD: PLEUL

Renaturierung etwa Überschwemmungsflächen zurückgewonnen und Hochwasserrisiken verringert werden.

Bundesumweltministerin Steffi Lemke sprach von einem entscheidenden Schritt für eine intakte Natur in Europa. „Ich begrüße sehr, dass die EU-Mitgliedstaaten heute die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur beschlossen haben“, so die Grünen-Politikerin. 20 der 27 EU-Staaten – darunter Deutschland und Frankreich – stimmten für die neuen Vorgaben, sechs sprachen sich dagegen aus und Belgien enthielt sich.

Deutschland muss nun innerhalb von zwei Jahren einen Plan bei der EU-Kommission einreichen, welche Maßnahmen durchgeführt werden. Denkbar sind etwa, Blühstrei-

fen anzulegen, Bäume in Innenstädten zu pflanzen oder Stauwerke aus Flüssen zu entfernen.

## Im Vorfeld abgeschwächt

Während Umweltschützer, zahlreiche Wissenschaftler und Unternehmen wie Ikea, H&M und Nestlé das Gesetz befürworteten, gab es großen Widerstand vor allem von Christdemokraten und Bauernverbänden. Die Kritiker befürchten zu große Einschnitte für Landwirte und damit Auswirkungen auf die Lebensmittelproduktion in der EU. Auch aus der FDP gibt es Kritik. Jan-Christoph Oetjen, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, sprach nach der Abstimmung von einem Schritt rückwärts.

Um auf Bedenken einzugehen, war das Gesetz im Verhandlungsprozess deutlich abgeschwächt worden. So ist beispielsweise nicht mehr vorgesehen, dass Landwirte verpflichtet werden, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Agrarflächen für Renaturierungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Der Deutsche Naturschutzring als Dachverband von knapp 100 Organisationen sprach von einem historischen Tag und einem wichtigen Signal an die ganze Welt. Die Sicherung der Lebensgrundlagen und die Einhaltung von Verpflichtungen aus dem Biodiversitätsabkommen der Vereinten Nationen seien trotz einer starken rechtspopulistischen Kampagne nicht verhandelbar.